

# Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes Christlicher Bauarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Rüdersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Schriftleitung:

Berlin O., Rüdersdorferstraße 60

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen u. sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Montag morgens 8 Uhr.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 1,50 Mk. (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband 1,70 Mk.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die viergespaltene Zeile 40 Pfg.

Nummer 29.

Berlin, den 17. Juli 1910.

11. Jahrgang.

## Inhaltsverzeichnis.

Was nun? — Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1909. — Der Bund gegen die Berliner. — Beitrag zum Kampffonds. — Rundschau: Ein Tarifvertrag für ca. 1000 Steinarbeiter. Die erste Tagung des Haupttarifamtes für das deutsche Malergewerbe. Die Bauaufsicht in Bayern. Note Terroristen — „gelbe Hirse“ — „Christliche Streitbrecher-Vermittlung“. Niedrige Getreidepreise — hohe Brotpreise. — Wirtschaftliche Bewegung. — Verbandsnachrichten: Eöln. Dortmund. Duderstadt. Minden. Worms. Jährze. — Volkswirtschaftliches und Soziales. — Soziale Wahlen. — Soziale Rechtsprechung. — Bekanntmachungen. — Sterbetafel. — Anzeigen.

## Was nun?

Wir stehen nunmehr vor dem endgültigen Abschluss der diesjährigen Bewegung. Die örtlichen Verhandlungen zur Schlichtung der verbliebenen Differenzen nähern sich ihrem Ende, die vorgeesehenen Schiedsgerichte leisten die Schlussarbeit. Das wird nicht verhindern, daß es hier und dort noch Zudrungen gibt, und zwar da, wo die Unternehmer sich weigern, dem Schiedsspruch Folge zu leisten. Wir werden alles ausbieten, um die Anerkennung zu erreichen, und werden es an dem notwendigen Nachdruck nicht fehlen lassen. Wir werden ja nun sehen, wie weit die Macht des Arbeitgeberbundes geht. Er verlangte ja nach seinen Angaben den zentralen Vertragsabschluss deshalb, um in erster Linie eine bessere Durchführung der Verträge herbeizuführen. Es muß ihm also ein leichtes sein, die widerstrebenden Unternehmer zur Anerkennung und Einhaltung der neuen Verträge zu veranlassen. Sollte ihm das nicht überall gelingen, und wir haben guten Grund zu dieser Annahme, dann muß erwartet werden, daß er den Widerstrebenden nicht nur keine Unterstützung anbietet, sondern sie in nachdrücklichster Weise bekämpft. Ohne Arbeitseinstellungen wird es wohl an einer Anzahl von Orten nicht abgehen und wird es sich zeigen, ob der Arbeitgeberbund den ausständigen Arbeitern, die für die Anerkennung des Schiedsspruches eintreten, die Arbeitsmöglichkeit anderwärts zu unterbinden versucht. Das Zentralschiedsgericht hätte alsdann ein Wörtchen drein zu reden, und für spätere Tarifabschlüsse würde das ein beachtenswertes Moment nach verschiedenen Richtungen hin bilden.

Es drängen sich nunmehr nach Beendigung der großen Bewegung eine Reihe von Fragen auf, die organisatorisch von höchster Bedeutung für die Arbeiterbewegung überhaupt und im besonderen für unseren Verband sind. Ferner sind im Verlaufe der Aussperrung von dem Arbeitgeberbund Behauptungen angeführt worden, deren Verfolgung wir uns in der nunmehrigen Ruhezeit angelegen sein lassen müssen. Für die sachliche Vertretung der uns anvertrauten Arbeiterinteressen wird das von nicht zu unterschätzender Bedeutung sein. Auf diese Fragen wollen wir jedoch heute nicht eingehen, vielmehr uns auf einige der erstgenannten beschränken.

Ohne Übertreibung können wir behaupten, daß die deutsche Bauarbeiterchaft noch nie so aufgerüttelt worden ist, wie durch die Maßregeln des Arbeitgeberbundes. Das ist bis in die tiefsten Tiefen gegangen und wird noch für lange Zeit nachzittern. Nun kann man den hinter uns liegenden Kampf an sich ehrlich bedauern, man wird ihm aber eine günstige Wirkung, abgesehen von dem für die Bauarbeiter erlangenen Erfolg, auf das Organisationsleben nicht absprechen können. Wir befinden uns noch in einer Entwicklungsperiode, die gewaltige Maßnahmen nicht ausschließen kann, wenn wir einer Versumpfung entgegen wollen. Das trifft für die gewerkschaftlichen Organisationen wie für die Tarifvertragspolitik zu. Von einer wirklichen Abgekühltheit in diesen wichtigen Fragen sind wir noch weit entfernt, die kluge Einsicht bildet noch zuviel der Fingerring persönlicher Stimmung und radikaler Phrasologie. Bis wir dahin gelangen, ist noch eine gewaltige Erziehungsarbeit zu leisten. Diese aber muß geleistet werden im wohlverstandenen Interesse aller und um späteren Mißfolgen vorzubeugen. Es ist eine Tatsache, daß den Verbandsfunktionären, als sie in der der Aussperrung vorausgegangenem Zeit auf die drohende Gefahr hinwiesen, keinen Glauben geschenkt wurde. Nicht selten wurde offen ausgesprochen: „Ach, ihr glaubt ja selber nicht, was ihr da sagt.“ Die angeordneten Vorbeugungsmaßregeln wurden zum Teil gar nicht, zum Teil nur widerwillig erfüllt. Man glaubte einfach nicht an eine Aussperrung. Ein auffallendes Vertrauen auf eine noch gänzlich unbekanntem Vermittlungs-

instanz besetzte alle. Recht oft hörte man die Meinung, wenn es die Unternehmer zum Kampf treiben wollen, dann wird die Regierung schon eingreifen. Als ob diese das Wünte. Von diesem falschen und unangebrachten Vertrauen wurde der gewerkschaftliche Geist sehr ungünstig beeinflusst, die Versumpfungssymptome traten deutlich in die Erscheinung. Wenn die Sicherheit besteht, daß es regelmäßig ohne Kampf zum Vertragsabschluss kommt, wofür dann noch gewerkschaftliche Organisationen, die persönliche und materielle Opfer erfordern? Diese Gedanken spukten in manchen Köpfen. Durch alle diese Illusionen und falschen Gedankengänge hat der Arbeitgeberbund einen wichtigen Schnitt gemacht, der sehr heilsam wirken muß. Diese Erziehung wirkt besser, als wie hundert Ermahnungen der eigenen Verbandsfunktionäre. Der hierdurch erzeugte Geist aber muß das gewerkschaftliche Leben nachhaltig beeinflussen.

In Würdigung dieser Tatsache und deren Verfolg muß eine Vertiefung der gewerkschaftlichen Demokratie Hand in Hand gehen. Wir müssen der tariflichen Entwicklung von heute Rechnung tragen und diese verlangt eine Demokratie nicht von oben nach unten, wie das früher bei den vereinzelten örtlichen Lohnbewegungen der Fall war, sondern eine solche von unten nach oben. Bei einer Generalregelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen können nur gewählte Zentralinstanzen tätig sein und die notwendigen Entscheidungen treffen. Unsere künftige gewerkschaftliche Erziehungsarbeit muß von diesem Gesichtspunkt ausgehen. Das erfordert einen weiten Blick und bedeutet zugleich, daß nicht das einzelne örtliche Interesse entscheidend sein kann, sondern das der Allgemeinheit. Demgemäß sind nicht die örtlichen Interessen in so stark prononcierter Form in den Vordergrund zu schieben, wie das bislang der Fall war. Die Schwierigkeiten beim Abbruch der jetzigen Bewegung geben uns Fingerzeige genug. Das braucht uns allerdings nicht hindern, notwendige Ausgleichs anzutreiben. Aber alles mit Maß und Ziel. Dadurch, daß in einer Reihe von Orten, wenn auch nicht in unserer Organisation, die Parole der Zentralvorstände oder Generalversammlungen auf scharfem Widerstand stieß, ist eine großzügige Agitationsentfaltung, für die der beste Boden vorhanden war, durchkreuzt worden. Abgesehen von der allgemeinen Schädigung des gewerkschaftlichen Ansehens. Die sich in Befolgung weitgehender gewerkschaftlicher Anordnungen äußernde Kraft verfehlt kaum ihre Wirkung auf Außenstehende, und auch das ist ein Moment, der im gewerkschaftlichen Kampf nicht außer acht gelassen werden darf.

Wenn wir schon darauf hinwiesen, daß infolge der Kurzsichtigkeit einzelner Orte eine großzügige Agitationsarbeit unterbunden worden ist, so ist dennoch das eine wahr, daß es zur Gewinnung neuer Mitglieder wohl kaum einen günstigeren Moment gegeben hat, wie der augenblickliche. An der Hand der errungenen Erfolge und an der Tatsache, daß auch die Anorganisierten dem Aussperrungskoller verfielen, läßt sich auch dem Rückständigen die Notwendigkeit und die Nützlichkeit der Organisation klarmachen. Die sich aus siegreichen Kämpfen auslösende Stimmung macht die Werbearbeit für die Organisation leichter und gewinnbringender. Die Aufrüttelung sämtlicher deutscher Bauarbeiter, wie das durch den Arbeitgeberbund wirksam besorgt worden ist, dürfte die noch Abseitsstehenden dem Organisationsgedanken wesentlich näher gebracht haben. Diese Situation auszunutzen, ist unsere erste Pflicht und Schuldigkeit. Die Werbearbeit muß allerorts in der entschiedensten Weise aufgenommen werden. Kein Kollege darf sich derselben entziehen.

Haben wir an sich das Bestreben, unsere Organisation zu stärken und auszudehnen, so kommt noch ein ganz besonderer Grund in Betracht, der uns veranlaßt, unsere Mitglieder aufzufordern, mit verstärktem Eifer die Agitation aufzunehmen. Wir bilden heute gegenüber den sozialdemokratischen Bauarbeiterverbänden immer noch die schwächste Organisation. Das ist uns durchaus nicht lieb, da der Einfluß der einzelnen Organisation sehr stark von ihrer Mitgliederzahl abhängig ist. Wir glauben uns eines Sinnes mit unseren Mitgliedern, daß sie ebenfalls den Willen haben, unseren Einfluß zu erhöhen. Dann müssen aber Massen heran und noch einmal Massen. Aber auch noch andere Gründe kommen in Frage, und zwar solche die auf dem Tarifvertragsgebiete liegen. Es gilt, die Tarifverträge auch gegen Scharmacher von links zu verteidigen, und die Erfahrungen der letzten Wochen haben uns bewiesen, daß wir dazu sehr wohl imstande sind, wenn wir genügend vertreten sind. Das liegt im

eminentesten Sinne und Interesse der deutschen Bauarbeiter.

Damit wollen wir es für heute beenden lassen. Wir wiederholen nur noch einmal, sei jeder Kollege auf die Stärkung des Verbandes bedacht. Das sei die erste Antwort auf die Frage: „Was nun?“

## Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1909.

### I. Klassenverhältnisse.

Noch deutlicher als die Mitgliederbewegung zeigt die Finanzgebarung der christlichen Gewerkschaften, daß ihnen die letzte wirtschaftliche Niedergangsperiode nicht wesentlich Abbruch zu tun vermochte. Es lag die Befürchtung nahe, daß die christlichen Gewerkschaften als jüngste der drei Organisationsgruppen von der Krise härter betroffen werden würden, als die sozialdemokratischen Gewerkschaften und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften, die beide über einen größeren Stamm älterer Mitglieder verfügten. Diese Befürchtung hat sich indes nicht bewahrheitet.

Während die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften in 1908 gegenüber dem Vorjahre eine Mindereinnahme von 125 016 Mark zu verzeichnen hatten und die sozialdemokratischen Gewerkschaften in 1908 2 852 388 M weniger als in 1907 vereinnahmten, war bei den christlichen Gewerkschaften nicht nur kein Einnahmerückgang, sondern eine stete Steigerung zu beobachten, was durch folgendes Bild bestätigt wird:

Jahr	Einnahmen	Ausgaben	Kassenbestand
1909	4 612 920	3 843 504	5 365 338
1908	4 394 745	3 556 224	4 513 409
1907	4 311 495	3 193 978	3 487 735
1906	3 378 833	2 709 280	2 370 782
1905	2 443 122	2 150 511	1 249 408

Die Einnahmen stiegen somit in 1909 gegenüber dem Vorjahre von 4 394 745 M auf 4 612 920 M, die Ausgaben von 3 556 224 M auf 3 843 504 M, während sich der Kassenbestand von 4 513 409 M auf 5 365 338 oder um 851 929 M erhöhte. Die Einnahmen verteilen sich wie folgt:

Organisation	Einnahmen			
	Aufnahmegebühren	Beiträge	Extrabeiträge	Sonstige Einnahmen
Bergarbeiter . . . . .	6 448	1 082 456	—	99 709
Bauarbeiter . . . . .	8 138	610 203	1 112	35 851
Textilarbeiter . . . . .	1 660	506 942	1 732	27 602
Bayerische Eisenbahner . . . . .	1 979	259 002	—	44 939
Metallarbeiter . . . . .	3 675	626 597	6 466	45 518
Staats-, Gem., Verkehrs- u. Arb. . . . .	2 835	230 413	10 262	64 374
Deutsche Eisenbahnhandw. u. Arb. . . . .	—	21 283	—	—
Holzarbeiter . . . . .	2 198	295 649	1 145	21 626
Heimarbeiterinnen . . . . .	883	21 927	—	2 540
Tabakarbeiter . . . . .	721	68 221	501	1 941
Keramiker . . . . .	1 181	66 300	1 190	21 461
Lebendarbeiter . . . . .	772	71 106	—	2 000
Schneider . . . . .	1 048	52 768	—	2 533
Maler . . . . .	1 509	39 548	—	1 128
Telegraphenarbeiter . . . . .	830	35 723	—	259
Gutenberg-Bund . . . . .	—	104 894	—	18 476
Graphische Gewerbe . . . . .	130	21 094	1 237	1 465
Krankepfleger . . . . .	507	7 149	31	2 105
Kellner . . . . .	57	13 157	—	1 673
Nahrungsmittelindustrie . . . . .	—	—	—	—
Gärtner . . . . .	246	8 672	810	2 101
		34 817	4 143 104	23 956 397 301

Eine geringere Einnahme als im Vorjahre hatten nur einzelne Verbände; an der Steigerung des Kassenbestandes sind indes auch diese beteiligt. Während noch bis 1905 es bei den christlichen Gewerkschaften mit den Vermögensverhältnissen nicht sehr gut bestellt war, haben sie in den letzten Jahren jährlich rund eine Million Mark zurückgelegt und haben nunmehr durch ihren Vermögensbestand gegen unvorhergesehene Überraschungen, ganz gleich, von welcher Seite diese kommen mögen, einen widerstandsfähigen Schutzwall aufgerichtet.

Beachtenswert ist, wie die einzelnen Einnahmen im Verhältnis zum Vorjahre stehen.

	1909	1908
Aufnahmegebühren . . . . .	34 817	37 287
Beiträge . . . . .	4 143 104	4 006 233
Extrabeiträge . . . . .	23 986	68 344
Sonstige Einnahmen . . . . .	397 301	271 319

Daraus ergibt sich eine Steigerung der wöchentlichen Beiträge um rund 137 000 M. Auf dieses Resultat ist in erster Linie Gewicht zu legen, da diese Einnahme das Fundament jeder Organisation bildet, und sich erst hieron bestimmte Schlüsse ermöglichen.

Die Posten „Extrabeiträge“ und „Sonstige Einnahmen“ sind stets schwankend, weil diese als feste und regelmäßige

Einnahmen nicht anzusehen, sondern von den verschiedensten Umständen abhängig sind.

Die Ausgaben in sämtlichen christlichen Verbänden gefaßt sind folgendermaßen:

Table with columns for 'Ausgaben' and years '1909' and '1908'. Rows include items like 'Verbandsorgan', 'Agitation', 'Streiks- und Gemahregelunterstützung', etc.

Von den Ausgabearten weisen nur zwei normale Veränderungen auf: Agitation und Krankengeld. Die Mehrausgabe für Agitation gegenüber dem Vorjahre mit 85 766 M ist indes nur eine scheinbare...

Während in früheren Jahren innerhalb der christlichen Gewerkschaften die Aufwendungen an Streikunterstützungen diejenigen der übrigen Unterstützungsarten wesentlich übertrafen, ist in den letzten Jahren eine vollständige Verschiebung eingetreten...

Table with columns for 'Jahr', 'Zusgesamt', 'Streiks- und Gemahregelunterstützung', and 'Sonstige Unterstützungen'. Rows for years 1909, 1908, 1907, 1906, 1905.

Während 1906 noch 853 435 M für Streikunterstützung und 510 670 M für sonstige Unterstützungen verausgabt wurden — das Jahr 1905 kann mit Rücksicht auf den damaligen Ruhrbergarbeiterstreik und die dafür aufzuwendenden ausnahmsweise hohen Unterstützungen nicht als Vergleichsjahr herangezogen werden...

Im Beitragswesen dürften in nächster Zeit wesentliche und einschneidende Veränderungen bei keinem der Verbände mehr zu erwarten sein. Die meisten Verbände haben das Staffelbeitragsystem eingeführt, so daß erforderlichenfalls nur die Ueberführung größerer Mitgliedergruppen in höhere Beitragsklassen in Betracht zu ziehen wäre.

Es bietet auch die Finanzgebarung der christlichen Gewerkschaften ein Bild innerer Festigung und des Fortschritts. Von kaufmännischen und anderen Gesichtspunkten aus ist das zu begrüßen. Unsere Aufgabe muß sein, das Resultat in Zukunft noch günstiger zu gestalten...

Der Bund gegen die Berliner.

Auf der Generalversammlung des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe am 30. Juni in Halle hat die Verteidigungsschrift des Verbandes der Berliner Bauergeschäfte über die wir in unserer vorigen Nummer berichteten, eine begründete Aufmerksamkeit erfahren...

Berlin, den 1. Juli 1910. An den Verband der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten (E. B.).

Berlin SW 11, Bernburger Str. 24/25. Die überreichen Ihnen anliegend ergebende Abschrift eines gestern in Halle a. S. von der 5. außerordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe einstimmig gefaßten Beschlusses.

Im Auftrag der Hauptversammlung teilen wir Ihnen gleichzeitig mit, daß sich dieser Beschluß nicht gegen die Verbandsmittelglieder, sondern gegen die frühere Leitung Ihres Verbandes richtet.

Hochachtungsvoll Der Vorstand des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe. H. A.: Dr. Kroschke.

Beschluß:

Die 5. außerordentliche Hauptversammlung des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe in Halle a. S. am 30. Juni 1910 erklärt:

Der Verband der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten (E. B.) hat durch Nichtbefolgung der vom Bundesvorstand auf Grund der Beschlüsse der Dresdener Hauptversammlung erlassenen Anordnungen seine Pflichten als Mitglied des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe verletzt.

Der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe kann nicht dulden, daß seine Mitglieder in solcher Weise gegen die Beschlüsse und Interessen des Bundes verstoßen. Der Bund hält es nicht für möglich, daß der Verband der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten Mitglied des Bundes bleibt und fordert ihn auf, seinen Austritt zu erklären.

Die Vorstandsmittelglieder des Verbandes Berliner Baugeschäfte haben daraufhin diesem ihre Kenntnis zur Verfügung gestellt, was jedoch nicht akzeptiert wurde. Dem Arbeitgeberbund wurde nachstehender Beschluß zugestellt:

„An den Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe Berlin, Vorktr.“

Die in dem Beschlusse Ihrer Hauptversammlung in Halle am 30. Juni 1910 dem Verband der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten gemachten Vorwürfe weisen wir als völlig unzutreffend zurück.

Die Aufforderung Ihrer Hauptversammlung, den Austritt aus dem Bunde auf Grund des in Halle gefaßten Beschlusses zu erklären, halten wir für eine Maßnahme, zu der Ihre Hauptversammlung weder befugt noch berechtigt war.

Wir sind gewohnt, unsere Beschlüsse selbständig und unabhängig zu fassen und müssen uns jegliche Einmischung in unsere Entschlüsse sowie unerbetene Ratschläge verbitten.

Wir lehnen es ab, auf Grund dieser Aufforderung den Austritt unseres Verbandes aus dem Bunde zu erklären. Dagegen behalten wir uns alle Maßnahmen bezüglich unseres weiteren Verhältnisses zum Bunde und bezüglich unseres Bestehens in demselben vor.

Da sich nach Ihrer Mitteilung der Beschluß Ihrer Hauptversammlung angeblich nicht gegen unsere Verbandsmittelglieder, sondern gegen die „jetzige Leitung“ unseres Verbandes richtet, sehen sich alle diejenigen Mitglieder, welche der Leitung unseres Verbandes angehören und gleichzeitig ein Ehrenamt im Vorstande, im Rechnungsprüfungsausschuß oder in einer Kommission des Bundes innehaben, veranlaßt, diese Ämter im Bunde niederzulegen. Hiervon wollen Sie Notiz nehmen, da Ihnen weitere Mitteilungen der einzelnen Herren über die Amtsniederlegung nicht zugehen werden.

Hochachtungsvoll Verband der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten (E. B.). Der Generalsekretär. J. A.: Gehler.

Auf die weitere Entwicklung dieses Streites kann man gespannt sein.

Beitrag zum Kampffonds.

An die Zentrale wurden eingesandt folgende Gelder: Tiffingerode 20 M., Breitenberg 10 M., Worbis 67 M., Steinhelm 75 M., Minden 10 M., Oßberg 300 M., Duerstadt 100 M., Wingerode 100 M., Jmmingerode 30 M., Söllingerode 20 M., Alhagen 40 M., Waderborn 357,70 M.

Außerdem gingen ein: Zürich, christl. Metallarbeiter, 41,80 M., Godesberg, Kath. Arbeiterverein, 3,50 M., Nürnberg, gem. Arbeiterverein, 13,30 M., Pelusiedt, Kath. Arbeiterverein, 10,50 M., Soziale Vereinigung Elberfeld 10 M., Wobelschwing, Kath. Arbeiterverein, 20 M., Regensburg, Ortskartell, 15 M., Evang. Arbeiterverein Hannover 25 M.

Rundschau.

Ein Tarifvertrag für circa 1000 Steinarbeiter wurde am 1. Juli zwischen dem Verein Basaltlava-Werke von Mayen und Umgebung und dem Zentralverband christlicher Keramiker und Steinarbeiter, sowie der Fachabteilung der Stein-, Ton- und Erdarbeiter abgeschlossen. Die wesentlichen Vertragsbedingungen sind: Regelung der Arbeitszeit, Einschränkung der in jenem Gebiet so sehr verbreiteten Ueberarbeit, Festsetzung der Mindestlöhne für Steinhauer, in einem umfangreichen Tarifvertrag, der eine Lohnsteigerung von 5 Prozent bringt.

Die erste Tagung des Haupttarifamtes für das deutsche Malergewerbe. Es war vorauszu sehen, daß der am 16. Januar d. J. in Kraft getretene Reichstarif für das deutsche Malergewerbe bei seiner Durchführung auf mancherlei Schwierigkeiten stoßen würde. Die vertragschließenden Organisationen schufen sich deshalb Schlichtungsinstanzen, welche nach ihrem jeweiligen Geltungsbereich als Orts- bzw. Cantariftämter bezeichnet werden.

Die erste Tagung dieses Haupttarifamtes hat nun stattgefunden und manches Bemerkenswerte, allgemein Interessierende, gezeitigt. Neben wichtigen Sachfragen wurde vor allem die Frage der Beziehung der in der Mindezeit befindlichen christlichen und kirchlich-ökumenischen Hilfswirtschaften zu den Tarifämtern gestellt. Dabei kam hier zum Ausdruck, daß der christliche Malerverband von allen Seiten als unbedingt tarifmäßig anerkannt und demgemäß ganz als tarifüberwachen Faktor herangezogen wird.

als Sacharbeitsnachweise angegliedert werden sollen. Die vom 28. Juni bis 2. Juli stattgefundenen Verhandlungen haben gezeigt, daß man sich im Malergewerbe auf dem besten Wege befindet, die friedensstiftende Wirkung des Tarifvertrages zu vergrößern und ganz nutzbar zu machen.

Die Bauaufsicht in Bayern ist Gegenstand dauernder Aufmerksamkeit der bayerischen Regierung. Im Verkehrraministerialblatt wird in einem Erlaß darauf hingewiesen, daß als Gehilfen bei den Baupolizeibehörden in München befähigte Bauaufseher aus dem Arbeiterstande aufzustellen sind. Wenn gleich diese Vorschriften auf die Bauaufsicht des Staates, als auch der Verkehrrverwaltung keine unmittelbare Anwendung zu finden hätten, so wird es nach dem Erlaß doch für angezeigt gehalten, daß unbeschadet der bereits bestehenden Aufsicht durch die Organe der Verkehrrverwaltung auch bei den Hochbauten und Abbrucharbeiten der Verkehrrverwaltung von der Entsendung der Kontrolle durch Bauaufseher im Interesse des Schutzes der Arbeiter Gebrauch gemacht wird.

Notiz Terroristen — „gelbe Stiche“ — „Christlich Streikbrecherermittlung“. Der „Vorwärts“ stimmt in seine Nr. 158 vom 9. Juli ein förmliches Wutgeheul über die Vermittlung von Brauereigesellen durch den Bund deutscher, österr. reichlicher und schweizerischer Brauereigesellen nach der Schweiz aus. Die sozialdemokratischen Brauereigesellen der Schweiz stehen nämlich in einigen Städten im Streik, und nun vermittelt genannter Bund aus allen deutschen Staaten „Streikbrecher“ nach dort.

§ 20. Sämtliche in den dem Verbande schweizerischer Brauereien angeschlossenen Betrieben beschäftigten Arbeiter müssen Mitglieder des (sozialdemokratischen) Verbandes der Lebens- und Genussmittelarbeiter sein. Die Einstellung der Arbeiter erfolgt durch Vermittlung des Arbeitsnachweises des Lehrern.

Niedrige Getreidepreise — hohe Brotpreise. Die ungesunde Spannung zwischen Mehl- und Brotpreisen, so schreibt die „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“, die sich seit der Ermäßigung der Getreidepreise herausgebildet hat, besteht noch unverändert fort. Die letzten Monate haben eher noch eine Verschärfung gebracht, und so kommt es, daß im Kleinhandel vor einer Ermäßigung der Brotpreise noch wenig oder gar nichts zu verspüren ist, obgleich die Getreidepreise schon weit niedriger als im Vorjahre stehen.

noch sehr zahlreiche Städte den gleichen Brotpreis wie im Vergleichsjahr 1909, und von den 50 Städten weisen über- haupt nur 23 einen niedrigeren Preis als 1909 auf. De- mentstreu ist der Rückgang in Altona, wo der Preis von 38 auf 32 Pf. zurückging, ferner in Kiel, wo er von 32 auf 20 Pf. sank, in Stade, wo er von 40 auf 33 Pf. fiel. Auch Bielefeld mit einem Preise von 26 gegen 36 Pf., Dortmund mit einem solchen von 30 gegen 35 Pf. und Neuß mit einem Preise von 32 gegen 40 Pf. sind noch aufzuführen. Der Ein- wand, daß zu Graubrot auch vielfach mehr oder weniger Weizenmehl verwendet wird, ist für eine Erklärung der gegen- wärtigen Preisentwicklung hinlänglich, da auch die Weizenpreise hart zurückgegangen sind. — Daraus geht deutlich hervor, daß die Bäckermeister die Brotpreise über Gebühr hochhalten. Mit Preisermäßigungen sind sie eher bei der Hand, als mit einer Erhöhung.

## Wirtschaftliche Bewegung.

Gesperrt sind: Lügde (Sperrt über das Geschäft des Unter- nehmers Wiehe; derselbe weigert sich, den abgeschlossenen Vertrag innezuhalten), Ratingen b. Düsseldorf (Maurer und Bauhilfsarbeiter), Hannover (Dachbeder), Sperrt über die Firma Kust und die hannoversche Beobachtungs- Gesellschaft, Cöln, gesperrt sind die Arbeiter des Zwischen- händlers Kurlbaum aus Bonn, Streit, Rheinisch-West- fälisches Industriegebiet, Dachbeder. Zugang ist fernzuhalten. Zugang von Stukkateuren und Putzern nach Aachen ist fern- zuhalten wegen bevorstehender Lohnbewegung.

### Zur Lohnbewegung der Stukkateure im Ruhrgebiet.

Die Lohnbewegung der Stukkateure in den Städten und Umgebungen von Bochum, Dortmund, Essen, Gelsenkirchen, Hagen, Herne, Nealinghausen, Unna-Camen und Wanne ist zu einem vorläufigen Abschluß gelangt. Die Verhandlungen vor der all- gemeinen Aussperrung hatten bekanntlich zu keinem Ergebnis geführt, weil man zum Teil in Arbeitgeberkreisen der Auffassung war, daß die Weisungen in Anbetracht der drohenden bzw. schon eingetretenen Aussperrung jegliches Angebot ohne weiteres an- nehmen müßten. Danach war ja auch das Ultimatum (wie wir es bereits in Nr. 20 der „Baugewerkschaft“ veröffentlichten) zu- geschnitten, getreulich der Parole: „Und folgt du nicht willig, so brauch ich Gewalt.“ Da sich die Kollegen durch diese Vor- gehen nicht einschüchtern ließen und es wagten abzulehnen, war das Aussperrungsgeheiß nicht mehr zu dämpfen, und erfolgte am 27. April die Aussperrung. Aber es zeigte sich auch hier, wie allgemein im Baugewerbe, daß ein großer Teil der Arbeit- geber der Parole keine Folge leistete, und mußten gewisse Schar- macher recht bald einsehen, daß solche Beschlüsse leichter gefaßt, als durchgeführt sind. Schon nach einigen Tagen war die Zahl der ausgesperrten im Abnehmen begriffen, so daß die Zahl der zu Unterstützenden eine ganz geringe war.

Daher war es ja auch zu verstehen, daß der Arbeitgeber- bund für das Baugewerbe bei den örtlichen Verhandlungen in Essen für die Hauptberufe des Baugewerbes den Antrag stellten, daß das Schiedsgericht in Dresden auch für die Stukkateure und Putzer die Lohnstreitfrage mit regeln sollte. Wir lehnten diesen Antrag ab, auch der Arbeitgeberbund mußte einsehen, daß die Herren Schiedsrichter seinem Ansuchen keine Folge geben konnten. Nun waren die Arbeitgeber im Baugewerbe wiederum mal um eine Enttäuschung reicher.

Nach Fällung des Schiedspruches in der Lohnfrage für das Baugewerbe wurden hier die Betriebe allgemein geöffnet. Eben- falls folgten auch die Arbeitgeber im Stuckgewerbe, so in Essen, diesem Beispiel. In anderen Orten, wie in Herne, Bochum und Dortmund usw., wurde den Kollegen bedeutet, man habe beschlossen, nur Unorganisierte einzustellen. Hier galt es, den Arbeitgebern zu zeigen, daß die Kollegen nicht gewillt waren, ihr Koalitionsrecht preiszugeben, und blieb daher nichts anderes übrig, als diese Geschäfte zu sperren.

Nun wurde seitens des Vorsitzenden des Einigungsamtes in Essen, Herrn Rath, bei uns angefragt, ob wir zu Verhand- lungen bereit seien, was wir bejahten. Ebenfalls frag auch der Unterverbandsvorsitzende des Arbeitgeberverbandes für das Stuckgewerbe (Sitz Frankfurt), Herr Gramerath-Düsseldorf, jedoch einer Aussprache mit dem Bezirks- und Gauleiter an, welche am 20. Juni stattfand. Hier wurden dann die weiteren Verhandlungen festgelegt, die am 23. und 27. Juni stattfanden.

Gefordert wurde unsererseits eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 1/2 Stunden und eine sofortige Lohnerhöhung auf 70 Pfg., und ab 1. April 1911 72 Pfg. Nach längerer Ver- handlung wurde eine Einigung dahin erzielt, daß sofort die 9 1/2stündige Arbeitszeit und 70 Pfg. Stundenlohn eintreten sollten, eine weitere Lohnerhöhung für die Vertragsdauer wurde von den Arbeitgebern abgelehnt, mit Ausnahme für Dortmund, wo man noch 1 Pfg. zugestehen wollte, während wir auf unserer Forderung bestanden.

Da eine Einigung hierüber nicht zu erzielen war, sollte am Montag, den 4. Juli, eine allgemeine Arbeitsniederlegung er- folgen. Im letzten Augenblick ist es jedoch den beiderseitigen Ver- bandleitungen gelungen, folgende provisorische Verständigung zu erzielen: „Die Arbeit wird am Montag, den 4. Juli, all- gemein aufgenommen, bei sofortigem Inkrafttreten der 9 1/2- stündigen Arbeitszeit und 70 Pfg. Stundenlohn. Ueber die weiteren Streitfragen soll erneut verhandelt werden, und falls hierbei eine Einigung nicht erzielt würde, ein noch zu bestimmendes Schiedsgericht endgültig über die Streitfragen entschei- den.“ Da diesem Vorschlag seitens der Kollegen überall zu- gestimmt wurde, ist die Arbeit allgemein aufgenommen worden, und steht zu erwarten, daß dadurch auch der Friede gefestert ist.

Die Genossen können es nicht unterlassen, so z. B. in Essen, unsere Organisation wieder in der bekannten gemeinen Weise zu verächtigen und dadurch den Arbeitgebern Gelegenheit zu geben, Uneinigkeit in die Arbeiterkreise zu bringen, wie es ja in der Verhandlung am 23. Juni versucht wurde. Wir werden nach Erledigung der Bewegung darauf zurückkommen und zeigen, wer die Interessen der Kollegen mit Füßen tritt.

### Bezirk Bochum.

Die Dachbeder des engeren Industriegebietes befinden sich noch im Ausstand. Ähnlich wie die Arbeitgeber der Hauptberufe des Baugewerbes gingen auch die Herren Dachbedermeister dazu über, die Weisungen auszusperren. Der Arbeitgeberbund setzte sich auf hohe Pferd und glaubte einfach diktiert zu können und lehnte eine allgemeine Lohnerhöhung ab. Seitens der Kollegen wurde eine solche verlangt. Nun gab es keinen Pardon mehr, vielmehr sollten auch die Dachbeder die Macht der Arbeitgeber durch die Aussperrung erfahren. Nachdem nun die Bewegung für die Hauptberufe des Baugewerbes beendet ist, werden auch für die Dachbeder Verhandlungen auf den 24. Juni angeetzt. Es wurden seitens der Kollegen gefordert: 9 1/2stündige Arbeitszeit und eine Lohnerhöhung von 10 Pfg. Nach längerer Verhandlung erklärten die Arbeitgeber, auf eine Verkürzung der Arbeitszeit nicht eingehen zu können, dagegen wolle man eine Lohnsteigerung von 3 Pfg. innerhalb der dreijährigen Vertragsdauer eintreten lassen. Dieses Angebot mußte unsererseits abgelehnt werden. Daraufhin haben die Arbeitgeber die Aussperrung aufgehoben und glauben nun, daß die Kollegen sich gleich alle zur Arbeit begeben würden. Es wurde aber in einer gemeinsamen Kom- missionsprüfung beschlossen, die Arbeit nicht eher aufzunehmen, als ein annehmbares Tarifverhältnis geschaffen ist. Deshalb wolle man dafür sorgen, daß Zugang von Dachbedern nach den

Industriegebiet streng ferngehalten wird, dann wird es auch nicht allzu lange dauern, daß auch diese Bewegung mit einem guten Erfolg beendet wird.

### Bezirk Cöln.

Aachen, 8. Juli. (Stukkateure.) Die Hoffnung der Aachener Stuckgeschäfte, die auf Kommando des Arbeitgeber- verbandes die Aussperrung tüchtig mitgemacht haben, ist nicht in Erfüllung gegangen. Sie glaubten mit Schluß des all- gemeinen „Vernichtungskampfes“ auch einen Tarif nach den ehemaligen Plänen des Arbeitgeberbundes zu bekommen, an dem sie sich dann während der gedachten Tarifzeit auch er- götzen und die Stukkateure und Pliesterer noch mehr aus- beuten zu können glaubten. Das Schicksal hat ihnen einen Strich durch die Rechnung gemacht. Allgemein ist eine große Unzufriedenheit unter den Stuckmeistern vorhanden, welche von diesen mehrmals geäußert worden ist. Sie haben der Parole Folge geleistet und treu und fleißig ausgesperrt, den in die Ecke geworfenen Arbeitskittel wieder hervorgesucht und selbst wieder gearbeitet und alles mitgetan an dem Vernich- tungskampfe gegen die Arbeiterorganisation. Der Krieg ist be- endet, der Friede im übrigen Baugewerbe ist geschlossen, und sie haben doch noch keinen Frieden. Nunmehr kann man allerlei Klageleder und eine aufgeregte und verärgerte Stimmung über den mißlungenen Feldzug von ihnen vernehmen. Ja, man sieht nun bald ein, daß sie sich als Sturmkarnickel haben gebrauchen lassen. Aus dieser Situation, in der sich die Aachener Stuck-Pliestermeister befinden, sollten unsere Kollegen lernen, und nun erst recht zusammen- stehen, um das zu erreichen, was die anderen Berufe, wie Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter, jetzt haben, nämlich einen annehmbaren Tarif. Wenn unsere Kollegen auch nur einiges Nachdenken besitzen, dann müßten sie gerade jetzt in heiligem Zorn entflammen, über die Ungerechtigkeit, die uns von den Herren widerfahren ist und nachdem dieselben jetzt selbst einsehen, daß sie eine Dummheit begangen, indem sie durch die Aussperrung sich selbst, wie auch die Kollegen und das ganze Geschäftsleben geschädigt haben, nunmehr die Kriegskosten von ihnen energisch in Einmütigkeit verlangen. Die Herren hatten doch die Möglichkeit, vor der Aussperrung mit uns einen Tarif abzuschließen. Wir haben ihnen ja die Hand dazu geboten. Aber die Herren wollten ja nicht. Sie wollten ja gern dabei sein. Nunmehr sollen sie auch zu spüren bekommen, was sie gemacht haben. Gewiß, auch für uns wäre es besser, daß mit Schluß der Aussperrung ein Tarif- vertrag erreicht worden wäre. Aber, daß es nicht ist, daran trägt der Arbeitgeberverband die Schuld. Indes müssen wir jetzt von neuem versuchen, einen Tarifvertrag zu bekommen. Die gemeinsame Kommission ist beauftragt, die Forderungen zu formulieren, um sie der Versammlung vorzulegen. Nun- mehr liegt es an den Stukkateuren und Pliesterern selbst, daß sie Entschlossenheit und Energie zeigen. Wer jetzt die Ver- sammlung schwänzt, schädigt sich nicht nur selbst, sondern trägt dazu bei, daß auch die Gesamtheit den Schaden hat. Nichts ist jetzt verkehrter und schädlicher für uns, wenn wir den Ver- sammlungen fernbleiben und allerlei Ausreden machen. Wollen auch wir jetzt einen Tarif, der uns befriedigt, dann kommen wir zu jeder Versammlung und befolgen die Parole, die ausgegeben wird. Kollegen, stellt jetzt Euern Mann in der Organisation und seid zur Stelle, wenn gerufen wird. Den Unternehmern werden wir unsere Forderungen schnellstens unterbreiten und hoffen, daß bald Verhandlungen stattfinden werden. Die Lohnkommission ist beauftragt, die weiteren Schritte zu unternehmen. Es heißt jetzt für unsere Kollegen auf dem Posten zu sein. Es gilt jetzt eine besonnene Taktik einzuschlagen und da ist es notwendig, daß wir unseren Führern Vertrauen und Gehör schenken. Vor allem streifen wir etwaige Mutlosigkeit ab, diese hat noch nie was für uns eingebracht. Begehen wir nicht den großen Fehler, daß wir die Agitation vernachlässigen oder darin erlahmen. Jetzt erst recht muß der letzte unorganisierte Kollege herangeholt und Fahnenflüchtige zurückerobert werden. Der Tarif, der nun- mehr abgeschlossen werden soll, wird von längerer Dauer sein. Soll für diese Vertragszeit ein befriedigender Tarif heraus- kommen, dann haltet jetzt und stets zusammen. Tue jeder seine Pflicht in seinem eigenen Interesse, dann werden wir den Erfolg erzielen. Alle Kollegen draußen werden gebeten, jeglichen Zugang nach Aachen fernzuhalten.

Herdingen. Nachdem wir über die hiesigen Unternehmer die Sperrt verhängten, bequemen sie sich zur Anerkennung des Tarifvertrages. Damit hat die Bewegung ihre Erledigung gefunden.

### Bezirk Danzig.

Am 25. Juni fand mit den Arbeitgebern von Danzig eine Sitzung statt, um die Differenzpunkte, welche für Danzig aus der örtlichen Verhandlung vom 11. Juni verblieben waren, festzu- stellen. Folgende Punkte werden dem Schiedsgericht der Bau- imung, welches am 11. Juli im Rathaus zusammentritt, vorgelegt: 1. Der Zentralverband der Zimmerer verlangt für seine Organisation einen Vertrag allein unter Zugrundelegung der Bestimmungen des gemeinsamen Vertrages. Beim Lohn blieben als Differenzpunkte: bei Wasserarbeit 10 Pfg. Zu- schlag pro Stunde. Für Junggefallen soll ein Mindestlohn festgelegt werden und zwar soll derselben im ersten Gesellenjahre 4, und im zweiten nur 2 Pfennige weniger gezahlt werden. Ferner soll der Lohn für Zimmergefallen den Maurergefallen gleichgestellt werden (bisher sind 2 Pfg. Differenz). Anstatt der Lohnzahlung am Sonnabend verlangen die Arbeitnehmer dieselbe am Freitag gleich nach Arbeitsjahre.

Die Verhandlungen für Dirschau, Neustadt, Pelpin, Pr.-Stargard, Danzig-Land fanden am 6. Juli in Danzig statt, wo ebenfalls kleinere Differenzen ver- blieben, die dem Schiedsgericht unterbreitet werden müssen. Der polnische Verband wurde für Dirschau vom Tarifabschluß ausgeschlossen. Ferner weigern sich auch die Arbeitgeber, mit den Bauhilfsarbeitern einen Vertrag abzuschließen, trotzdem die Vertreter des freien Bauhilfsarbeiterverbandes nachweisen, daß etwa 30 Arbeiter ausgesperrt wurden. Da für Pelpin nur der polnische Verband in Frage kommt, lehnten auch hier die Arbeitgeber vom Landesverband es ab, mit diesem in Verhand- lungen zu treten, es wurde diesem bedeutet, sie sollen an Orte selbst verhandeln. Bemerkenswert ist das Benehmen der Arbeitgeber von Neustadt. Dieselben sagten ab, an der Verhandlung teilzunehmen. Die Aussperrung haben sie schon vorher ausgeführt, ehe der Befehl kam, nun es heißt einen Pfennig mehr zu zahlen, da brachten sie sich. Wir werden ab- warten, ob sie ihre Pflicht erfüllen und auch das Versäumte nachholen.

### Bezirk Karlsruhe.

Mannheim. (Stucker und Stukkateure.) 13 Wochen sind nun verfloßen, seit uns unsere Meister ohne jeden Grund, lediglich nur um uns ihre Macht etwas fühlen zu lassen, ausgesperrt, und immer noch sind keine Zeichen zu einem baldigen Friedensschluß vorhanden. Verhandlungen haben seit dem 15. und 16. April keine mehr stattgefunden. Glaubten viele unserer Kollegen, daß, nachdem nun der Schiedspruch der Unparteiischen für das Baugewerbe in Dresden gefaßt, und die Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter die Arbeit wieder aufgenommen haben, daß auch unsere Arbeitgeber uns die Hand zum Frieden bieten wür- den, so sind diese enttäuscht worden. In den Reihen der Arbeit- geber befinden sich immer noch einige Herren, welche glauben, die Kassen der Organisationen doch noch erschöpfen zu können,

und unsere Kollegen durch die Dauer der Aussperrung müde zu machen. Daß auch diese Herren sich getäuscht haben, das wird die Zeit noch lehren. Der Stand unserer Bewegung nimmt. Mannheim geht zu unseren Gunsten eine andere Wendung. Die Konjunktur scheint in Mannheim doch noch eine gute zu werden. Jetzt, wo die Maurer wieder in Arbeit sind, häuft sich unsere Arbeit immer mehr an. Geben die Meister nicht nach, dann werden wir die Arbeit ohne sie machen. Kommen wir doch bis jetzt schon dadurch, daß wir die Arbeit in eigener Regie aus- führen 50 Prozent unserer Kollegen in Arbeit bringen, auch die übrigen Kollegen hoffen wir in Bälde unterbringen zu können. Die Sympathie der Öffentlichkeit ist in diesem Kampfe voll und ganz auf Seiten der Arbeiter, bestmögliche Unterstützung finden aber die Arbeitgeber bei dem Staat. Die Dienstwohn- gebäude der Bahn, sowie die Halle am Rangierbahnhof könnten jetzt schon ihrer Bestimmung übergeben sein, barweisen warten sie schon 13 Wochen auf die Fertigstellung der Putzarbeiten, die schon im März d. J. in Angriff genommen wurden, seit dem 8. April aber vollständig ruhen. Nun unsere Kollegen ihre Pflicht und Schuldbigkeit bis hierher, dann werden wir auch in diesem Kampfe gut abschließen.

Reicht ist die schwache Kraft des einzelnen gebrochen, Vereinte Kräfte kann man niemals unterjochen. Den Inhalt dieser Worte mögen sich unsere Kollegen zu Herzen nehmen. In der Einigkeit unserer Kollegen sind die Absichten der Meister bis jetzt zuhanden geworden, daß möge auch in Zukunft der Fall sein.

### Bezirk Kattowik.

Unter dem Vorsitz des Herrn Ersten Bürgermeisters Pohlmann zu Kattowik fanden Verhandlungen über die verbliebenen Differenzen für Oberschlesien statt. Ueber das Ergebnis wurde folgendes Protokoll vereinbart:

#### Protokoll.

Verhandelt Kattowik, Den 7. Juli 1910

Unter dem Vorsitz des Herrn Ersten Bürgermeisters Pohlmann-Kattowik erschienen seitens der Herren Arbeitgeber die Herren Baumeister Dame und Grünfeld und in Vertretung des Vorsitzenden Clausnitzer-Siemianowik der Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes, Rentant R. Häusler; seitens der Arbeitnehmer die Herren Gauleiter Baube, Schhardt und Schwoh. Die Parteien sind darüber einig, daß zur Verbeiführung einer Regelung für 1910/11 und 1911/12 im ersten Jahre 1910/11 45 Pfg., im zweiten Jahre (1911/12) 47 Pfg. für Maurer und Zimmerer und 35 bzw. 37 Pfg. für erwachsene (über 18 Jahre alte) Bauhilfsarbeiter gezahlt werden.

Für 1912/13 soll die Lohnfrage dem Zentral-Schiedsgericht unterbreitet werden. Diesem soll vorgelegt werden, ob von der Lohnbasis von 43 oder 45 Pfg. auszugehen ist, so daß unter Berücksichtigung des Dresdener Schiedsgerichts von einer Gesamtlohnerhöhung von 5 Pfg. innerhalb der Jahre 1910/11 bis 1912/13 entweder 48 oder 50 Pfg. zu zahlen sind.

Die Parteien verpflichten sich, sich dem Schiedsgericht un- bedingt zu unterwerfen und, sobald das Zentral-Schiedsgericht entschieden hat, den Tarifvertrag sofort abzuschließen.

Die sonstigen Streitpunkte werden dahin erledigt, daß 1. die Lohnzahlungsperiode die bisherige 14tägige bleibt, 2. als Lohn- vorschüsse jeweilig 3 Pfg. weniger als der festgesetzte Lohn ge- zahlt werden.

d. g. u.

Herrn Dame, Grünfeld, R. Häusler, Herrn Baube, Franz Schhardt, Josef Schwoh, Geschlossen, gez. Pohlmann.

## Verbandsnachrichten.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fach- organs. Nur kurze Mitteilungen können noch Montag- morgen für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Wir machen die Mitglieder in ihrem Interesse darauf aufmerksam, daß am 17. Juli der zwanzigste Wochenbeitrag fällig ist.

Cöln. (Bezirkskonferenzbericht.) Der Vorstand des Bezirkes Cöln hatte in aller Eile eine Bezirkskonferenz auf den 26. Juni nach Cöln einberufen, um den Verwaltungsstellen die Mög- lichkeit zu geben, zu dem Schiedsgericht Stellung zu nehmen. Die Konferenz war von 51 Delegierten besucht. Nach dem ein- leitenden Referat des Kollegen Lange über die Lohnbewegung setzte eine rege Diskussion ein. Kollege Wieberg gab Auf- klärung über die Schwierigkeiten, die das Schiedsgericht bzw. die Unparteiischen zu überwinden hatten. Er wies darauf hin, daß diese Bewegung der größte Kampf sei, der bisher in Deutschland geführt wurde. Es sei auch der erste General- kampf, der mit einem Siege für die Arbeiter geendet habe. Zwar sei nicht alles das erreicht, was die Kollegen und auch er gewünscht und auch vertreten haben. Es sei Selbstbetrug, wenn nicht anerkannt würde, was erreicht sei. Wenn die ver- heßten sozialdemokratischen Arbeiter den Sieg in eine Nieder- lage umdeuten, so sei dies eine Schande für die deutsche Ar- beitererschaft. Das Verhalten der radikalen Elemente schädige das Ansehen der Arbeiterorganisationen in unverantwortlicher Weise. Dadurch würde den Scharfmachern und Tarifgegnern Wasser auf die Mühlen getragen, wodurch das Tarifwesen einen schweren Stoß erleide. Wo sollte es hinführen, wenn an Stelle der Herrschaft der Anarchosozialismus trete. Die Seitenstränge dieser radikalen Genossen könnten wir nicht mitmachen. Wir sind eine selbständige Organisation. Es stehe die Ehre und das Ansehen der Organisation auf dem Spiele. Die weitere Diskussion bewegte sich im Sinne der Ausführungen Wie- bergs. Am Schlusse konnte der Bezirksleiter dann feststellen, daß Einstimmigkeit darüber bestche, daß der Schiedspruch durch lokale Beschlüsse nicht abgelehnt werden dürfe. Bezüglich der Entrichtung der Zuschlagsmarken bis zum 18. Juni gab Kol- Wieberg noch bekannt, daß die größte Mehrheit der Kollegen noch bis zum 18. Juni habe unterstützt werden müssen. Bis zum 18. Juni sei die Unterstützung gezahlt worden, daher seien auch die Zuschläge bis zu diesem Tage beibehalten wor- den. Die Punkte „Stand des Verbandes im Bezirke“ und „Agita- tion“ wurden zusammen besprochen. Bezirksleiter Lange gab einen Bericht über die Organisationsverhältnisse der einzel- nen Gebiete und hob besonders hervor, daß auf vorhergegan- genen Konferenzen von fleißigem Steigen der Mitgliederzahl hätte berichtet werden können. Leider sei das jetzt nicht der Fall. Die Krisenjahre habe die Organisation gut überstanden, jetzt ständen wir vor einer aufsteigenden Konjunktur. Auch der Ausgang der Lohnbewegung wirkte besonders in den länd- lichen Gebieten. Wenn die Agitation in dieser günstigen Zeit eifrig betrieben werde, würden wieder viele Mitglieder ge- wonnen werden. In der Diskussion wurde darüber klage ge- führt, daß allgemein von den Kollegen nicht mehr so mitge- arbeitet und agitiert würde, wie dies in der Gründungszeit der Fall gewesen sei. Kollege Wieberg führte noch einige weitgehende Gesichtspunkte an, indem er darauf hinwies, daß die Stärkung der christlichen Gewerkschaften von weit größerer Bedeutung sei, als allgemein angenommen würde. Der Ein- fluß der Arbeiterklasse sei noch zu schwach. Wollten die Ar-

